

# AUF DEN PUNKT GEBRACHT: DIE CAUSA „NEUE EISENSTÄDTER“

## Worum geht's eigentlich?

Die Wohnbaugesellschaft „Neue Eisenstädter“ hat über Jahre hinweg offenbar gegen Regeln verstoßen, die für gemeinnützige Wohnbauträger gelten. Eine zusätzliche Sonderprüfung des Landes soll nun klären, ob durch teure Kredite, überhöhte Grundstückspreise und fragwürdige Versicherungen die Mieten unnötig in die Höhe getrieben wurden – obwohl die Wohnungen eigentlich günstig angeboten werden sollten.

Die Wohnbaugesellschaft „Neue Eisenstädter“ befindet sich mehrheitlich im Eigentum der Raiffeisenbank Burgenland und der Erste Bank (Tochtergesellschaft UBG). Über Jahre hinweg haben diese beiden Banken offenbar abwechselnd Kredite für Bauprojekte der Gesellschaft vergeben (sog. Inhouse-Geschäfte), bei denen die Eigentümerbanken gleichzeitig als Kreditgeber auftreten. Diese enge Verbindung zwischen Eigentum und Finanzierung wirft berechtigte Fragen zur Unabhängigkeit und zur wirtschaftlichen Angemessenheit der Kreditvergabe auf. Für uns ist klar: **So darf mit dem Wohnraum der Burgenländer:innen nicht umgegangen werden.**

## Was macht das Land Burgenland?

Landeshauptmann Hans Peter Doskozil hat sofort reagiert. Ein Regierungskommissär wurde eingesetzt, um auf die Einhaltung der Regeln zu achten. Es gibt jetzt eine zweite Sonderprüfung, da sich viele Mieter:innen direkt beim Land gemeldet haben. Doskozil sagt ganz klar: Es geht nicht darum, die „Neue Eisenstädter“ zu kaufen – sondern darum, die Mieten zu senken und die Regeln der Gemeinnützigkeit wieder einzuhalten. Ziel ist: **maximal 10 Euro pro Quadratmeter Miete** – fair und leistbar!

## Wie hilft die SPÖ den Betroffenen?

Gemeinsam mit der Arbeiterkammer Burgenland wurde eine Plattform eingerichtet, über die sich Betroffene informieren und ihre Fälle melden können. Dort gibt's Antworten auf häufige Fragen, eine Hotline für persönliche Hilfe und die Möglichkeit, Unterlagen hochzuladen. So können Rückforderungen vorbereitet und Musterprozesse gestartet werden. **Die bestehenden Mietverträge bleiben gültig – niemand muss Angst haben.**

## HILFSPLATTFORM:

**Hotline: 02682/740 3444**

**Web: <https://bgld.arbeiterkammer.at/sonderpruefung>**



## Warum will die SPÖ einen Untersuchungsausschuss?

Die SPÖ will volle Transparenz in dieser Causa. Deshalb wurde ein Untersuchungsausschuss beantragt. Der soll klären, was in den letzten zwei Jahren passiert ist, ob die **Kontrolle funktioniert** hat und wie man solche **Fälle in Zukunft verhindern** kann. **Es geht nicht um Parteipolitik** – es geht um **Gerechtigkeit** für die **Menschen, die zu viel bezahlt haben.**

## Was macht die Opposition?

Die ÖVP und FPÖ versuchen mit Gerüchten und widersprüchlichen Aussagen von den echten Problemen abzulenken. Die FPÖ behauptet, das Land wolle die „Neue Eisenstädter“ kaufen. Die ÖVP sagt gleichzeitig, das Land wolle sich bereichern. Beides ist falsch! FPÖ und ÖVP setzen sich auffallend engagiert dafür ein, dass bei der „Neuen Eisenstädter“ bloß nichts hinterfragt wird. Warum diese Panik? Was haben sie zu verbergen, dass sie sich so heftig gegen jede Prüfung wehren? **Wer nichts zu verstecken hat, sollte doch Aufklärung begrüßen!** Spätestens der U-Ausschuss wird zeigen, **wer wirklich auf der Seite der Mieter steht!**

## Was ist das Ziel der SPÖ Burgenland?

Wir wollen, dass Wohnen wieder leistbar wird. Wir wollen, dass gemeinnützige Wohnbauträger sich an die Regeln halten. Und wir wollen, dass die Mieter:innen geschützt werden – nicht die Banken oder Investoren.

Die **SPÖ Burgenland** steht für **Verantwortung, Ehrlichkeit** und eine **Politik, die den Menschen dient**. Wir lassen uns nicht beirren – wir kämpfen für Gerechtigkeit!